Bevölkerungs-schutz

ZEITSCHRIFT FÜR RISIKOANALYSE UND PRÄVENTION, PLANUNG UND AUSBILDUNG, FÜHRUNG UND EINSATZ

3 / MÄRZ 2009

Opfer und Schäden vermeiden

Warnen, alarmieren, informieren

Seite 7

Oswald Sigg zur Krisenkommunikation

«Mein Grundprinzip: Ruhe bewahren»

Seite 4

Dossier

Jahrtausend-ereignis: Staudammbruch

Seite 13

Kooperation

Schutz vor Chemiewaffen

Seite 19

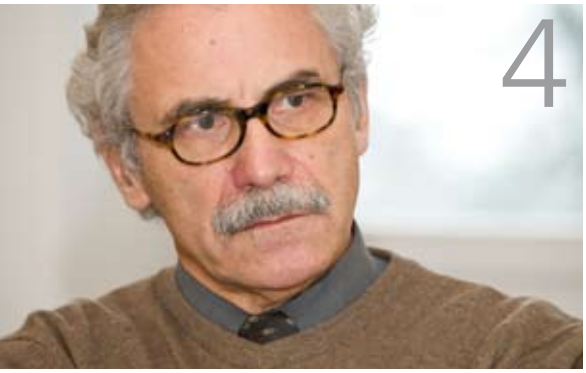
Aus dem BABS

Informations-kampagne 2009

Seite 21

www.bevoelkerungsschutz.ch

INHALT



EDITORIAL 3

PERSÖNLICH

«Ruhe bewahren ist mein Grundprinzip» 4
Im April geht Vizebundeskanzler und Bundesratssprecher Oswald Sigg in Pension. In einem Interview erklärt er, warum er nicht gern von Krisenkommunikation spricht.

DOSSIER: ALARMIERUNG DER BEVÖLKERUNG

Warnen, alarmieren, informieren – eine Tour d'Horizon 7
Die möglichst frühzeitige Information der Einsatzkräfte und der Bevölkerung gehört im Bevölkerungsschutz zu den wichtigsten Aufgaben.

Mit Tuten, Tröten und Trompeten 10
Katastrophen hat es immer schon gegeben. Wie wurde die Bevölkerung alarmiert, als es noch keine Sirenen und noch kein Radio gab?

Staudammbruch als Jahrtausendereignis eingeschätzt 13
Beim Bruch einer Stauanlage drohen gewaltige Schäden. Die Wasserkraftwerke unterhalten deshalb ein umfangreiches Überwachungs- und Alarmierungssystem.

Polyvalente und ausfallsichere Systeme 16
Im Projekt POLYALERT wird für das nächste Jahrzehnt ein neues Alarmierungssystem geplant.

KOOPERATION

Einsatzequipe VBS 19

AUSBILDUNG

Übung des Kantonalen Führungsstabs Waadt 20

AUS DEM BABS 21

AUS DEN KANTONEN 25

AUS DEN VERBÄNDEN 27

SERVICE 30

SCHLUSSPUNKT 31

Titelseite: Sven Epiney, Christa Rigozzi und Pierre Fehlmann setzten sich Anfang Februar für die Informationskampagne des BABS zur Alarmierung der Bevölkerung ein.

Liebe Leserin, lieber Leser

«Ich weiss, dass die Bevölkerung bei Gefahr sofort mit Sirenenalarm gewarnt wird. Das gibt mir grosse Sicherheit.» Dies sagte Anfang Februar Christa Rigozzi, ehemalige Miss Schweiz. Sie hat sich für die Informationskampagne eingesetzt, die das BABS zusammen mit den Partnern im Rahmen des diesjährigen Sirenentests durchgeführt hat. Ziel war es, die Bevölkerung auf das richtige Verhalten beim Sirenenalarm aufmerksam zu machen.

Sie kennen das vielleicht: In einem einfachen Kommunikationsmodell unterscheidet man Sender, Medium und Empfänger. Die angesprochene Informationskampagne zielte auf den Empfänger: Damit er die Information richtig versteht, muss er vorgängig sensibilisiert werden. Damit die Information beim Empfänger überhaupt ankommt, muss der Sender sie aber korrekt aufbereiten und über ein Medium verfügen, mit dem die Information den Empfänger erreicht. In unserem Fall ist dies eine funktionierende technische Infrastruktur für die Übermittlung von Alarmierungszeichen. Hier liegt meine Aufgabe: Zusammen mit meinem Team sorge ich beim BABS dafür, dass sich die Bevölkerung auf das Alarmierungssystem und weitere Telematiksysteme verlassen kann.

Wenn Fernsehen, Festnetztelefon, Handy oder Radio nicht mehr funktionieren, ist dies im Alltag ärgerlich. Im Krisenfall kann ein derartiger Ausfall Menschenleben kosten und immense materielle Schäden zur Folge haben. Das BABS befasst sich deshalb intensiv mit «sicheren» Telematiksystemen: mit POLYCOM, dem Sicherheitsfunknetz der Behörden und Organisationen für Rettung und Sicherheit, mit POLYALERT, dem neuen System für die Alarmierung der Bevölkerung, und mit POLYINFORM, dem UKW-Radio zur Information der Bevölkerung in Krisen und Notlagen.

Mit POLYCOM, POLYALERT, POLYINFORM arbeiten wir täglich daran, dass Kommunikation, Alarmierung und Information auch in der Krise klappen. Damit sich Christa Rigozzi und der Rest der Bevölkerung weiterhin sicher fühlen dürfen.

Peter Wüthrich
Bundesamt für Bevölkerungsschutz BABS
Chef Telematiksysteme

Oswald Sigg zu Krisen und Kommunikation

«Ruhe bewahren ist mein Grundprinzip»

Vizebundeskanzler und Bundesratssprecher Oswald Sigg wird im April in Pension gehen. Der Kommunikationsspezialist blickt auf über dreissig Jahre Berufserfahrung zurück, in denen er unzählige schwierige und heikle Situationen gemeistert hat. Dennoch redet Soziologe Sigg nie von Krisenkommunikation oder Krisenbewältigung. Er bezeichnet sich als Kommunikator der alten Schule – und spricht lieber vom Informationsauftrag, den er zu erfüllen hatte.

Herr Sigg, welches war die schlimmste Krise, die Sie als Sprecher des Bundesrates bewältigt haben?
Krise? Es gab keine Krise im Bundesrat. Besondere Geschäfte, die nötig waren, um eine spezielle Situation – ich spreche etwa von der Finanzmarktkrise und dem UBS-Hilfspaket – zu bewältigen, bezeichne ich nicht als Krise. Meine tägliche Informationsarbeit muss so gut sein, dass sie auch in besonderen Situationen genügt. Freilich versucht man auch uns einzureden, wir müssten «Krisenkommunikation» lernen und anwenden. Aber ich halte das weitgehend für Geschwätz.

Sie sind also ein Kommunikator alter Schule?
Ja, das kann man so sagen.

Welchen Ihrer Grundsätze würden Sie ins Zentrum guter Kommunikation stellen?
Ich rede nicht gern von Kommunikation. Als Sprecher des Bundesrates, aber auch früher als Sprecher einzelner Regierungsmitglieder unterscheide ich ganz klar zwischen Information und Kommunikation. Die Regierung und also auch die Verwaltung haben transparent und vollständig über Sachverhalte zu informieren. Erst dann, wenn die Medien diese Information aufnehmen und – vielleicht nicht immer adäquat – verarbeiten, setzt ein, was mit Kommunikation bezeichnet werden kann: Wenn Nachfragen kommen, Korrekturen nötig sind, Ergänzungen, Interviews.

Oswald Sigg

Der Kommunikationsexperte Oswald Sigg trat im August 2005 das Amt des Vizekanzlers und Bundesratssprechers an. Im April 2009 geht er in Pension. Sigg stammt aus Ossingen ZH, wurde 1944 in Zürich geboren. Nach dem Collège St-Michel in Freiburg absolvierte er ein Studium der Soziologie, Volks- und Betriebswirtschaft an den Universitäten St. Gallen, Paris und Bern. Er schloss sein Studium mit einer Dissertation über die Wirkungsweise der Volksinitiative ab. Zu Fragen der politischen Kultur, der Kommunikation und der direkten Demokratie äussert er sich in Kolumnen und diversen Publikationen.

Er amtete als stellvertretender Informationschef der Bundeskanzlei (1975 – 1980), war Informationschef des Eidgenössischen Finanzdepartements (1980 – 1988), Chefredaktor der Schweizerischen Depeschenagentur (1988 – 1990) und Unternehmenssprecher der Generaldirektion SRG (1991 – 1997). 1998 bis 2004 war Sigg Informationschef des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport, 2004 bis 2005 Stabschef des Vorstehers des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation.

«Meine tägliche Informationsarbeit muss so gut sein, dass sie auch in besonderen Situationen genügt.»

Und der angesprochene zentrale Grundsatz?
Dafür blicke ich am besten zurück in meine Studienzeit in Paris. Ich wohnte in einem Mansardenzimmer. Dort war selbstverständlich eine dieser aus Karton an die Wand gehefteten Tafeln angebracht, wie ich mich im «Krisenfall», also etwa bei einem Haus- oder Wohnungsbrand, zu verhalten hätte.

In fehlerhaftem Deutsch hiess es da in fetten Lettern: «Rue bewarrn». Dieser Leitsatz hat mich damals köstlich amüsiert. Aber ich habe ihn mir eingeprägt und ich habe ihn seither in möglichst allen Situationen beherzigt. Es ist ein Grundprinzip fürs Informieren und fürs Kommunizieren: Gelassenheit beweisen. Sich nicht hetzen lassen und keinen unnötigen Aktivismus an den Tag legen.

Reicht das, wenn alle Telefone läuten, die Journalisten Schlange stehen und draussen die Berichterstattung in die falsche Richtung zu laufen droht?
Nein, freilich nicht. Ruhe bewahren ist nur die Grundlage für die weiteren Schritte. Und ich bin immer nach folgenden vier Regeln vorgegangen: Erstens muss geklärt werden, was passiert ist. Dann müssen sich alle Involvierten einig darüber werden, welche Probleme in welcher Dringlichkeit und in welcher Zuständigkeit zu lösen sind. In einem nächsten Schritt ist zu definieren, welche Sofortmassnahmen es braucht. Und erst zum Schluss wird entschieden, worüber die interne und die externe Information erfolgen sollen.

Auch erfahrene Kommunikatoren sehen sich manchmal in eine schwierige Lage manövriert.
Es läuft ja selten schulbuchmässig ab – zum Glück auch. Es gibt aus meiner Sicht fast keine Situation, in der man in Sekundenschnelle reagieren und etwas sagen muss. Das kommt auch selten gut. Natürlich kann ein Bundesrat, wenn er zum Beispiel aus einem Auto oder einem Flugzeug steigt und ihm die Mikrofone entgegengestreckt werden, nicht einfach nichts sagen. Aber daran gewöhnen sich die Regierungsmitglieder ja rasch. Anders ist es für die Sprecher: Es kann gut sein, dass ein Departementssprecher schwierige Momente erlebt, wenn

«Es gibt aus meiner Sicht fast keine Situation, in der man in Sekundenschnelle reagieren und etwas sagen muss.»

etwa sein Kollege aus einem Bundesamt Gegenteiliges sagt und in der Öffentlichkeit Widersprüchlichkeiten verbreitet werden. Das ist die Folge mangelnder Absprache. Das ist eine klassische, schwierige Situation.

Ein Beispiel: Wäre es aus Ihrer Sicht möglich gewesen, die Attacken auf alt Bundesrat Samuel Schmid mit besserer Kommunikation abzuwenden oder zumindest in geordnetere Bahnen zu lenken?
Nein, keinesfalls. Bundesrat Samuel Schmid sagte ja selbst, welchen Grundfehler er in der Affäre um den ehemaligen Armeechef Nef begangen hat. Er hat dem Armeechef zu viel Vertrauen geschenkt. Und wenn dann das Vertrauen in einer solchen Art missbraucht worden ist, dann hilft hinterher auch die beste Kommunikation nichts mehr.

Sie haben mit wachsender Erfahrung, gutem Gespür und einigen wenigen Grundsätzen sehr schwierige Situationen überstanden. Gab es keine Affären oder Kommunikationsunfälle, die Sie rückblickend anders angehen würden?
Doch, die gibt es schon. In meiner Zeit als Bundesratssprecher gibt es vor allem einen Fall, bei dem es mit der Information falsch gelaufen ist: beim Versuch des Bundesrates, die Swisscom zu privatisieren. Der Bundesrat und damit sein Sprecher haben in der Sache einen klassischen Kommunikationsfehler begangen. Es wurde beschlossen, ein bestimmtes Detail bewusst nicht öffentlich zu machen. Das hat sich im Nachhinein als Fehler erwiesen.

Fühlen Sie sich heute schuldig oder mitverantwortlich, wenn Information und Kommunikation nicht wunschgemäss gelaufen sind?
Selbstverständlich fühle ich mich mitverantwortlich. Aber ich habe – wie gesagt – auch gelernt, dass es keine Ergebnisse geben kann, wie sie im Schulbuch stehen. Viel wichtiger ist, dass die Information aus der Bundesverwaltung und somit auch aus der Regierung nach den Prinzipien «aktiv, frühzeitig, sachlich und wahr, umfassend, einheitlich, koordiniert, kontinuierlich und transparent» erfolgt. Da zeigt sich ja auch, wie sehr sich unsere Art der Information von jener eines Unternehmens unterscheidet. Es gibt wenig Gemeinsamkeiten. Ich habe mich immer dagegen gewehrt, dass wir in der Verwaltung als Unternehmen betrachtet werden und auch entsprechend kommunizieren sollten. Wir stehen schliesslich nicht in einem Markt und wir produzieren keine Produkte für Kunden.

Wir haben zu informieren über die Umsetzung einer demokratischen Politik im Auftrag des Bürgers. Also: eine Dienstleistung der Öffentlichkeit an die Öffentlichkeit. Service Public und wirtschaftliche Ziele darf man nicht vermischen.

Wir stehen in einem längst als Krisenjahr bezeichneten 2009. Sie spüren keinen Druck, in einem Krisenjahr anders zu informieren und zu kommunizieren?
Nein. Es gibt keinen Wandel in der Verwaltung hin zur Krisenkommunikation. Die Beratungswirtschaft und die Sicherheitsbranche versuchen uns das zwar einzureden. Für jegliche öffentliche Information in allen Lagen gelten aber dieselben Regeln, wie ich sie ausgeführt habe: aktiv, frühzeitig, wahr, umfassend, einheitlich, koordiniert und kontinuierlich.

Interview: **Bettina Mutter**
Journalistin

Grundlagen für den Bevölkerungsschutz

Warnen, alarmieren, informieren – eine Tour d'Horizon

Ob Hochwasser, Lawine oder Chemieunfall: Die möglichst frühzeitige Information der Einsatzkräfte und der Bevölkerung gehört zu den wichtigsten Aufgaben des Bevölkerungsschutzes. Gemeinden, Kantone und der Bund sind bestrebt, dass im Katastrophenfall die Einsatzkräfte möglichst früh mobilisiert werden und die Bevölkerung sich situationsgerecht verhält. Ziel ist, Opfer und Schäden soweit möglich zu vermeiden. Eine Tour d'Horizon durch das Schweizer Warnungs-, Alarmierungs- und Informationswesen.

Das Projekt: ein Bündel von Verbesserungen durch OWARNA

St. Gallen, Ausstellung Geoprotecta, November 2008. Im Zentrum der «1. Schweizerischen Messe zum Thema Naturgefahren und Klimafolgen» treffen sich kantonale und kommunale Fachleute aus dem Bevölkerungsschutz an einem grossen Stand von vier Bundesstellen. Hintergrund der Sonderschau ist das Projekt OWARNA – die vom Bundesrat initiierte Optimierung von Warnung und Alarmierung –, welches nach den Unwettern im Sommer 2005 lanciert wurde.

Die beteiligten Fachstellen präsentieren Instrumente, welche künftig Warnung und Information verbessern sollen. Vorgestellt wird insbesondere die Gemeinsame Informationsplattform Naturgefahren GIN, über die Naturgefahrenexperten von Bund, Kantonen und Gemeinden künftig ihre Informationen austauschen wollen. So sollen lokal präzisere Voraussagen über Niederschläge, Lawinengefahr oder Hochwasserentwicklung ermöglicht werden, was wiederum den Einsatzkräften zugutekommt.

Daneben präsentieren die Aussteller das Melde- und Lagezentrum des Bundes, das bei einem grossen Ereignis Informationen aller Partner bündeln und die Lage der Schweiz abbilden soll. Angaben über Ausfälle im Telekommunikationsnetz, unterbrochene Strassen und Bahnlinien sowie die Auslastung der Einsatzkräfte in den betroffenen Kantonen werden dabei ausgetauscht. Die Ausstellung zeigt exemplarisch: Warnung und Information der Einsatzkräfte bedeuten weit mehr als das Aufbieten von Mannschaften über Pager oder SMS. Heute arbeitet ein komplexes Netzwerk von Fachstellen eng zusammen, um Gefahren rechtzeitig zu erkennen und Behörden und Bevölkerung von einem drohenden Ereignis in Kenntnis zu setzen.

Geoprotecta 2008: Bevölkerungsschutzexperten von Bund, Kantonen und Gemeinden diskutieren an der Sonderschau «Vorsicht! Naturgefahren. Der Bund informiert und warnt».

Die Terminologie: Wer warnt? Wer wird alarmiert?

Terminologisch steckt der Teufel im Warnungs- und Alarmierungswesen im Detail. Heute geben zahlreiche Institutionen Warnungen aus, Glatteiswarnungen, Wetteralarm oder gar Gewinnwarnungen. Für die Bevölkerung wie für die Behörden ist es daher schwierig zu beurteilen, welche Meldung wie bewertet werden soll. Die Grundlage für eine klare Kompetenzzuweisung ist die Alarmierungsverordnung, welche zwischen Warnung und Alarmierung unterscheidet. Bisher gilt: Die Bevölkerung

Diese neuen Info-Cards geben Auskunft über das richtige Verhalten bei Sirenenalarm.

wird von den Behörden alarmiert und informiert, Behörden hingegen werden gewarnt und orientiert.

Mit der laufenden Revision der Alarmierungsverordnung soll die Bevölkerung zunehmend frühzeitig auf Gefahren vorbereitet werden, also nicht erst alarmiert, sondern bereits früher gewarnt werden. Während die Warnung früher nur an die Behörden ging und ihnen erlauben sollte, Massnahmen zu treffen und gegebenenfalls Einsatzkräfte in Bereitschaft zu versetzen, kann heute ein interessiertes Publikum Warnungen bereits per SMS oder E-Mail abonnieren. Nicht alle Angebote für die Bevölkerung sind allerdings im Bevölkerungsschutz relevant.

Die in der Alarmierungsverordnung bezeichneten Warnungen nehmen ihren Ursprung bei den vom Bund bezeichneten Fachstellen, welche eine sich abzeichnende Gefahr als Erste erkennen, also beim Schnee- und Lawinenforschungsinstitut SLF für Lawinenwarnungen, beim Bundesamt für Umwelt BAFU bei drohendem Hochwasser oder bei MeteoSchweiz für Stürme und Starkniederschläge. Die Nationale Alarmzentrale NAZ, ein Geschäftsbereich des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz BABS, verteilt die von diesen Fachstellen herausgegebenen Warnungen über geschützte Kanäle an die Behörden (die Lawinenwarnungen gehen direkt an die kantonalen Alarmzentralen und weitere Partnerorganisationen). Künftig sollen die Warnungen der Fachstellen des Bundes auch aktiv über die Medien verbreitet werden. Um den Ansprüchen des Nichtfachpublikums zu genügen, werden dabei neue Qualitätskriterien festgelegt: Jede Warnung wird von Verhaltensempfehlungen begleitet und auf einer Gefahrenskala von 1 (keine oder geringe Gefahr) bis 5 (sehr grosse Gefahr) eingestuft.

Droht eine unmittelbare Gefahr, wird die Bevölkerung nicht gewarnt, sondern alarmiert. Die Alarmierung erfolgt wo immer möglich mittels Sirenen, wobei der Allgemeine Alarm die Bevölkerung aufruft, Radio zu hören. Beim Wasseralarm im Überflutungsbereich in der Nahzone unterhalb von Stauanlagen muss man sich sofort in höher gelegenes Gebiet begeben.

Die Sirenen sind also nur für die Bevölkerung bestimmt und werden von Verhaltensanweisungen gefolgt, die über das Radio verbreitet werden. Damit hat sich der Terminus «Alarm» von seinen Ursprüngen getrennt, meinte doch das französische «à l'arme» übersetzt «an die Waffe» und rief damit Bürger oder Miliz zum Einsatz gegen nahende Feinde oder – im übertragenen Sinn – zum Dienst in der Menschenkette, um kesselweise Wasser zu einem Brandherd zu befördern. Heute wird die Bevölkerung nicht mehr alarmiert, um sich bei der Abwehr einer Gefahr zu beteiligen. Vielmehr ist die Alarmierung ein Mittel, um die Bevölkerung zu schützen und sie zu einem Verhalten zu bewegen, das sie bei einem Ereignis einer möglichst geringen Gefahr aussetzt. Will nun eine Feuerwehr oder eine andere Organisation ihre Mitglieder trotzdem mit einem akustischen Signal

aufbieten, muss sie auf Kirchenglocken oder andere Sirenen zurückgreifen, denn die Zivilschutzsirenen und die damit erzeugten Alarmierungszeichen richten sich immer an die Bevölkerung und nicht an Einsatzkräfte und ihre Mitglieder.

Die rechtliche Grundlage: die Alarmierungsverordnung

Leichtfertig darf die Bevölkerung nicht alarmiert werden. Abgesehen davon, dass ein zu oft ausgelöster Alarm irgendwann nicht mehr ernst genommen wird, ist die Alarmierung auch immer ein Eingriff in das normale Funktionieren der Gesellschaft und nicht zuletzt mit volkswirtschaftlichen Kosten verbunden. Deshalb ist genau geregelt, wer unter welchen Umständen eine Alarmierung verfügen darf: je nach Ereignis die Gemeinde, der Kanton oder eine Bundesstelle.

In Friedenszeiten sind Bundesstellen nur selten berechtigt, eine Alarmierung auszulösen, da die Bewältigung der allermeisten Ereignisse Aufgabe der Kantone ist. Lediglich die Bundeskanzlei und die NAZ dürfen die Auslösung der Sirenen verfügen. Die NAZ ist in Fällen von (vermuteter) erhöhter Radioaktivität verantwortlich, da es ihr obliegt, in einer ersten Phase eines solchen Ereignisses den Einsatz zu führen. In allen anderen Fällen sind die Kompetenzen auf kantonaler Ebene geregelt. Die Messlatte bleibt aber stets hoch: Nur eine Gefahr, welche die Gesundheit der Bevölkerung gefährdet oder beeinträchtigt oder die Lebensgrundlagen bedrohen kann, rechtfertigt den Sireneneinsatz.

Die Alarmierungsverordnung des Bundes wird gegenwärtig revidiert, die Frist zur Stellungnahme von Kantonen und weiteren interessierten Stellen lief bis Ende Februar, gegenwärtig werden diese Stellungnahmen im BABS analysiert. Die aktive Verbreitung der Warnungen von Fachstellen des Bundes zugunsten der Bevölkerung sowie ihre systematische Einbettung auf der Fünfstufenskala sind dabei die wesentlichsten Änderungen. Die Erdbebenmeldungen des Schweizerischen Erdbebendienstes SED, welche erst nach Eintritt des Ereignisses verbreitet werden können, behandelt die Alarmierungsverordnung analog den Warnungen der anderen Fachstellen.

Die Zukunft: POLYALERT, Alovu und Single Official Voice

Nebst der Alarmierungsverordnung laufen zahlreiche andere Projekte, um Warnung, Alarmierung und Information von Behörden, zusätzlichen Stellen und Bevölkerung weiter zu verbessern. Im Rahmen des Projekts OWARNA sind Teilprojekte zur Verbesserung der Ausfallsicherheit der Sirenen und zur besseren Information der Bevölkerung im Gang. Die Steuerung der Sirenen und ihre durchgehende Ausstattung mit einer netzunabhängigen Stromversorgung stehen dabei im Fokus des ersten Teilprojekts.

Unter Federführung der Bundeskanzlei wird gleichzeitig die Informationslage der Bevölkerung hinsichtlich der Prävention von Naturgefahren verbessert. Ein neues Internetportal soll die relevanten Informationen der Fachstellen an einem einzigen Ort verfügbar machen. In einem zweiten Schritt soll das Portal auf die Prävention technologiebedingter und anderer Gefahren (etwa Einbruch) ausgedehnt werden, auch geltende Behördenanweisungen sammeln und – wenn gewünscht – den Interessierten über E-Mail oder andere Kanäle zustellen.

Ex-Miss-Schweiz Christa Rigozzi unterstützte tatkräftig die Informationskampagne im Rahmen des Sirenentests Anfang Februar.

Die NAZ arbeitet im Rahmen ihres Projekts «Alovu» daran, auch nichtstaatliche Organisationen in ihr Netzwerk von Institutionen aufzunehmen, an die Warnungen verbreitet werden. Im Bereich Stromversorgung, Telekommunikation oder Verkehr sind es zunehmend private Partner, welche die Netze betreiben. Eine Zusammenarbeit, bei der auch diese Stellen vor drohenden Naturgefahren gewarnt werden und ihrerseits den Status ihrer Netze den Partnern im Bevölkerungsschutz melden, wird das Netzwerk zur Ereignisbewältigung in der Zukunft weiter stärken.

Für die Bevölkerung am meisten spürbar wird die Einführung des Prinzips «Single Official Voice», welches alle Radio- und Fernsehanbieter in der Schweiz verpflichten soll, offizielle Warnungen der Fachstellen des Bundes während ihrer Sendezeiten zu verbreiten. Damit erhalten Bevölkerung und Einsatzkräfte zeitgleich dieselben Informationen über drohende Gefahren. Auch diese Vorlage, welche eine Änderung der Radio- und Fernsehverordnung bedingt, steht momentan in der Vernehmlassung.

Christian Fuchs
Informationschef NAZ, BABS

Aus der Geschichte

Mit Tuten, Tröten und Trompeten

An Gefahren und Katastrophen hat es in der Geschichte nicht gemangelt. Schon immer galt es folglich, die Bevölkerung zu alarmieren. Doch wie tat man dies in Zeiten, die weder Sirenen noch Radio, kein Handy, Fernsehen oder E-Mail kannten? Zwar hat sich in den letzten Jahren eine historische Katastrophenforschung etabliert. Die Frage der Alarmierung sei aber noch nicht systematisch erforscht worden, sagt der Berner Geschichtsprofessor Christian Pfister, einer der Protagonisten dieser Forschungsrichtung. Vorerst könne man nur punktuelle Aussagen machen. Die aber sind spannend genug.

Dass falscher Alarm eine üble Sache ist, wusste schon der antike Fabeldichter Äsop. Eine seiner Geschichten erzählt vom Hirtenbuben, der sich beim Schafehüten langweilte und deshalb rief: «Der Wolf! Der Wolf!» Mit Mistgabeln und Dreschflegeln bewaffnet kamen die Leute aus dem Dorf angestürmt, ärgerten sich aber fürchterlich, als der Junge bloss lachte. Trotzdem fielen sie noch ein Mal auf ihn herein. Erst als er ein drittes Mal «Der Wolf!» schrie, blieben sie weg. Dabei war es diesmal kein Spass. Der Wolf frass die ganze Herde.

Wächter im Einsatz

Wie Äsops Fabel zeigt: Der Warnschrei ist eine der ältesten Formen des Alarms. Gerne delegierte man das: Hunde kläfften schon in prähistorischen Zeiten, näherte sich jemand dem Dorf. Und die Gänse vom Kapitol wurden weltberühmt, weil sie durch Geräusche aufgeschreckt in einer Nacht plötzlich laut zu schnattern begannen und damit Rom vor den Galliern retteten.

Ansonsten griff man zu Lärminstrumenten als Alarmierungsmittel: Wächter trugen Tuten, Tröten und Trompeten, Trommeln, Pfeifen oder Holzklappern. Hauptsache, es machte Krach und war schnell und einfach zu bedienen. Makaber, dass Schellen oder Klappern im Mittelalter dazu eingesetzt wurden, um gewissermassen vor sich selbst zu warnen: Aussätzige, Leprakranke beispielsweise, mussten Schellen oder Klappern an ihren Kleidern tragen, um Gesunde auf die Ansteckungsgefahr hinzuweisen.

Die Feuerpost

Bereits in der Antike gab es avancierte Alarmtechniken: Leuchtfeuer etwa. Auf Anhöhen wurden Feuer entzündet, die nachts durch ihren Lichtschein, tags durch Rauch ein Signal zum nächsten Höhenfeuer sandten. Schon Aischylos (525–456 v. Chr.) berichtet in der Orestie, dass König Agamemnon seiner Frau Klytämnestra mittels «Feuerpost» die Nachricht vom Sieg über Troja schickte. Eine gute Idee war das nicht: Derart vorgewarnt, brachte sie gemeinsam mit ihrem Liebhaber den heimkehrenden Ehemann um.

Zwar misstrauen Historiker dieser Geschichte. Doch die Selbstverständlichkeit, mit der auch der griechische Historiker Herodot erzählt, dass die Perser ihrem König die geplante Eroberung von Athen «durch Feuerzeichen über die Inseln melden» sollten, zeigt: Die Nachrichtentechnik war bekannt. Tatsächlich tüftelte Polybios im 2. Jahrhundert v. Chr. an einem Fackelalphabet, mit dem sich komplexe Botschaften übermitteln liessen.

Höhenfeuer blieben bis in die Neuzeit im Gebrauch: In England warnten sie vor der spanischen Armada, an der schwedischen Küste vor Eindringlingen. Berühmt ist das Schweizer Alarmsystem der Hochwachten, dessen Anfänge bis ins 15. Jahrhundert zurückgeht. Das Netz der optisch in Verbindung stehenden Signalpunkte diente der schnellen Truppenmobilisierung und wurde ständig ausgebaut. «1734 standen im Kanton Bern und seinen Untertanengebieten 156 Höhen- oder Chutzenfeuer vom

Genfersee bis an den Rhein bereit», erzählt Historiker Pfister. Noch heute erinnern die Höhenfeuer der 1.-August-Feiern daran.

Gottes Standgericht

«Allerdings ist dieses System meines Wissens nicht für den Katastrophenalarm eingesetzt worden», sagt Pfister. Es war ein militärisches Kommunikationsmittel – wie auch bei den anderen geschilderten Beispielen. Dennoch ist eine gelegentliche Nutzung im Katastrophenfall denkbar – leider schweigen die Quellen dazu, wie im Unglücksfall alarmiert wurde.

Ausserdem war das Katastrophenbewusstsein bis ins 18. Jahrhundert ein anderes. Erdbeben, Sturm oder Bergsturz: Es war Gott, der ein Standgericht über die Menschen hielt. So wie er es in der Bibel mit der Sintflut auch getan hatte. Sich dagegen zu wehren galt als Sünde, schreibt Quirinus Reichen vom Historischen Museum Bern im Buch «Entfesselte Elemente». Ein Warnsystem konnte sich deshalb erst dort etablieren, wo eine Unglücksart wiederholt auftrat. Dadurch wurde nicht nur die Notwendigkeit der Prävention einsichtig, sondern auch, dass das Desaster kein Gottes-, sondern Menschenwerk war. «In Europa lernten die Menschen den Umgang mit Katastrophen anhand von Feuersbrünsten», sagt Historiker Pfister.

Die Angst vorm Feuer

Häuser mit viel Holz, oft strohgedeckt, standen dicht an dicht. Offene Kamine und Herdstellen gab es in jedem Haus: Da sprang rasch ein Funke über. Kein Wunder, dass schon im antiken Rom Feuerschutzmassnahmen getroffen wurden. Im Mittelalter etablierte sich dann ein doppeltes Warnsystem: Von Kirch- oder Wachtürmen herab hielten die Türmer nach Rauch Ausschau; im Dunklen patrouillierten die Nachtwächter durch die Strassen. Meist trugen sie Hörner, um im Alarmfall mit ihrem schrillen Ton alle aufzuwecken.

Da es gelegentlich vorkam, dass die Hornsignale nicht gehört wurden, schlug man etwa 1651 in Zürich vor, Feuer auch durch Glockenschlag zu melden. Dadurch könne der Bevölkerung durch langsameres oder schnelleres Läuten zudem angezeigt werden, ob sich das Feuer ausdehne oder abnehme. Feuerläufer oder Feuerreiter mussten als Übermittler der Alarmmeldungen ans Rathaus und Spritzenhaus eilen, aber auch die ausserhalb der Stadt Wohnenden warnen. Später tat das ein Mörser mit drei Alarmschüssen.

Ähnlich der Feuerprävention agierte man bei einem anderen wiederkehrenden Übel, dem Hochwasser. Schon im 15. Jahrhundert wurde in Basel ein Wächter aufgestellt, der den ansteigenden Rhein beobachtete.

Im ausgehenden Mittelalter gefährdete ein einzelner Brand immer gleich die ganze Stadt. Die Amtliche Berner Chronik des Diebold Schilling (Bern 1474–83) illustriert die Evakuation und die Löscharbeiten beim Berner Stadtbrand von 1405.

Die Höhenfeuer der 1.-August-Feiern erinnern an einstige Informationsmittel.

«An der Elbe in Deutschland wurde mit Kanonenschüssen gewarnt, wenn das Eis aufgebrochen wurde», erzählt Pfister, «und im Oberengadin mit Glockengeläut, wenn der Inn über die Ufer trat.»

Ein ganz anderes Naturverständnis

Der Heidelberger Historiker Gerrit Jasper Schenk weist darauf hin, dass wir vorsichtig sein müssen, unser heutiges Verständnis auf alte Zeiten zu projizieren. «Das Naturverständnis war ein ganz anderes», sagt Schenk. «Auch führte das Erfahrungswissen damals tendenziell zu grösserer Vorsicht.» Das ist heute noch in entlegenen Winkeln der Welt zu beobachten. Die Berliner Ethnologin Undine Frömming hat im indonesischen Urwald erforscht, wie die Menschen mit der Gefahr eines Vulkanausbruchs umgehen. «Sie nutzen die Tierwelt als Frühwarnsystem», sagt Frömming, «als natürlichen Seismografen.» Rumpelt es im Berg, fliehen die Tiere von den Vulkanhängen. «Zudem ist es üblich, dass ein Ältester oder eine Älteste am Berg lebt und besondere Beobachtungen meldet.» Da die Vulkane als Sitz der Vorfahren gelten und das Rumoren des Vulkans als deutlicher Hinweis empfunden wird, dass man sich den Ahnen und Göttern gegenüber falsch verhalten habe, wehren sich die Menschen dort gegen staatlich angeordnete Evakuationen, weil sie doch ihre «Pflicht» gegenüber den Ahnen erfüllen müssen.

Ähnlich magisch dachte man einst auch in Europa. Hinter der schrecklichen Seite der Natur, dem Wüten der Elemente vermutete man böse Dämonen. Den geweihten Glocken der Kirchen traute man jedoch Macht über sie zu: So weit der Glockenhall reichte, so weit reichte ihr Schutz. Wetterglocken warnten also nicht nur vor Sturm oder Gewitter, sondern vertrieben die Dämonen. «Vivos voco mortuos plango fulgura frango», steht auf der Grossen Glocke des Schaffhauser Münsters: «Die Lebenden rufe ich, die Toten betrauere ich, die Blitze breche ich.»

Läuten hingegen in modernen Zeiten die Glocken, so formulierte es der Schriftsteller Julius Stinde etwas pathetisch, «verjagt der Glockenklang keine Dämonen und Elementargeister mehr, sondern ruft Menschen herbei, die ihren Mitmenschen nicht durch Magie helfen, sondern durch jene Kraft, die Pflicht und aufopferungsfähige Nächstenliebe verleihen.»

Kai Michel
Journalist

Wasseralarm

Staudammbruch als Jahrtausendereignis eingeschätzt

Stauseen speichern Energie und mindern die Folgen von Überschwemmungen. Allerdings stellen Talsperren selber ein Risiko mit grossem Schadenspotenzial dar. Die Betreiber grosser Wasserkraftwerke sind für ein umfangreiches Alarm- und Überwachungssystem verantwortlich. Ein Augenschein bei den Grimselwerken im Berner Oberland.

Der August ist zum ungemütlichen Wassermonat geworden; immer häufiger künden Unwetter und Überschwemmungen das Ende des Sommers an. Zuletzt im Jahr 2007 und zuvor 2005 haben ausgiebige Niederschläge viele Flüsse und Seen über die Ufer treten lassen. Menschen wurden evakuiert, Häuser zerstört und die Feuerwehren haben das Menschenmögliche geleistet, um Schlimmeres zu verhindern. Besonders betroffen war auch das Berner Oberland; die Folgen der beiden Augusthochwasser hätten jedoch weit gravierender ausfallen können, wenn die Stauseen im Grimselgebiet nicht gewesen wären. Eine Rückschau des Bundesamts für Energie BFE brachte es an den Tag: Die Talsperren haben den Abfluss der Wassermassen spürbar gebremst und die prekäre Situation im unteren Haslital entschärft. Ohne diesen Puffer wären die Pegel der Aare und des Brienzersees bis zu einem halben Meter weiter angestiegen. Dass die Stauseen ihrerseits nicht übergeschwappt sind, war zum einen ihrem tiefen Wasserstand zu verdanken und ist zum andern durch das Hochpumpen bewusst gesteuert worden.

Das Kerngeschäft der Kraftwerke Oberhasli AG (KWO) ist zwar, aus Wasserkraft Strom zu produzieren. Aber zu den Pflichtaufgaben gehört auch das Erkennen der hydrologischen Zusammenhänge und der möglichen Naturgefahren. Wassergewalten sind bekanntermassen nicht immer im Griff zu halten. Und obwohl von Menschenhand gemacht, bergen auch Talsperren ein beträchtliches Gefahrenpotenzial: Murgänge, ein Bergsturz oder Schneelawinen können einen Stausee zum Überlaufen bringen.

Würden die Mauern der Stauseen brechen, wäre das Tal vom Grimselpass hinunter nach Brienz in kürzester Zeit ein Katastrophengebiet.

Staumauern gehören zu den bestüberwachten Bauwerken der Schweiz.

Sirene vor der Evakuierung

Die Überschwemmung ist ein fiktives Krisenszenario – es beruht aber auf begründeten Annahmen: Innerhalb von wenigen Minuten würde eine fünf Meter hohe Flutwelle über Guttannen schwappen und mit fast hundert Stundenkilometern das Tal hinunter rasen. Eine halbe Stunde später wäre die Ebene bei Meiringen ein einziger mannshoher Strom. Die Zeit ist also knapp, um das Sicherheitsdispositiv der Zivilschutzorganisation Alpenregion, zu welchem sich die Gemeinden im Haslital zusammengeschlossen haben, in Gang zu setzen. Die Bevölkerung wird unmittelbar mit einem Wasseralarm gewarnt: ein tiefer Sirenenton – zwölfmal wiederholt und jeweils von einer zehn Sekunden langen Pause unterbrochen.

Die Leitstelle der KWO kann zwei Dutzend Sirenen auslösen, damit auch die abgelegensten Winkel beschallt werden. Danach übernehmen die Krisenstäbe der Gemeinden und des Bezirks. «Die Bevölkerung würde in Alphütten und landwirtschaftliche Gebäude an den

Berghängen evakuiert», beschreibt Hans Rufibach, Gemeindestabschef von Guttannen, das vorgesehene Konzept. Und auch in Meiringen sind die möglichen Zufluchtsorte bereits bestimmt, «nämlich die erhöht gelegenen Zivilschutzanlagen», so Andreas Winterberger, Chef des Meiringer Gemeindeführungsorgans. Detaillierte Notfall- und Überflutungspläne zeigen den Rettungsorganisationen und Feuerwehrkorps, auf welche Orte sie sich konzentrieren können und wo sich die Bevölkerung im Gefahrenbereich befindet.

Kraftwerkbetreiber in der Pflicht

Der Ablauf einer Alarmierung ist sogar gesetzlich geregelt. In der Nahzone grosser Stauanlagen und Talsperren ist dies eine Pflicht der Kraftwerkbetreiber. Zeichnet sich eine Gefährdung ernsthaft ab, sind jedoch die Behörden der Gemeinden, des Kantons und des Bundes frühzeitig ins Bild zu setzen. Drei Gefahrenstufen sind für den Wasseralarm definiert: Bei der ersten «erhöht der Betreiber seine Aufmerksamkeit. Die Führungsorgane werden informiert und die Bevölkerung muss über mögliche Zufluchtsorte in Kenntnis gesetzt werden», sagt Claude-Eric Wessel vom Krisenstab des Kantons Bern. Die zweite Gefahrenstufe wird bei Zuspitzung der Lage notwendig. Spätestens jetzt ist die Nationale Alarmzentrale NAZ zu benachrichtigen. Auf jeden Fall bevor – in der dritten Stufe – Anlass besteht, die Sirenen effektiv aufheulen zu lassen. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz BABS hat einen Revisionsvorschlag gemacht, gemäss dem neu der bislang vorangestellte Allgemeine Alarm entfallen und der Wasseralarm sofort ausgelöst werden kann.

Kontrollgang in der Staumauer.

Auf das Schlimmste waren die Gemeinden im Haslital bereits einmal gefasst: In den 1980er Jahren drohten Separatisten aus dem Jura, die Staumauer in die Luft zu sprengen. Die KWO-Verantwortlichen erhöhten ihre Alarmbereitschaft und schickten den Pikettdienst am Tag und in der Nacht auf Patrouille. Ebenso bereiteten sich die Sicherheitsorgane auf eine Evakuierung vor. Glücklicherweise blieb es bei der Drohung. Bis heute ist es beim jährlichen Sirenentest geblieben, bei welchem der Wasseralarm zu hören war. Im Berner Oberland und in der Schweiz ist bislang kein einziger Damm gebrochen.

So ist es kaum verwunderlich, dass die Öffentlichkeit Talsperren als überaus sicher einschätzt. Eine Befragung im Kanton Graubünden ergab: Nicht einmal jeder Vierte hält einen Dammbruch für möglich. Die Eintretenswahrscheinlichkeit sei tatsächlich «sehr gering», bekräftigte der Bundesrat in einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage. Und sogar die Gefahrenkarten der Gemeinden rechnen nicht damit, obwohl sämtliche Ereignisse verzeichnet sind, die alle 300 Jahre auftreten können. Gemäss den Berner Kantonsbehörden sei mit einem Bruch von Talsperren höchstens einmal pro Jahrtausend zu rechnen.

Elektronische Dauerüberwachung

Trotzdem gehören die Staudämme zu den am besten überwachten Bauwerken der Schweiz. Die ersten Alarmeinrichtungen wurden vor mehr als einem halben Jahrhundert installiert, an den beiden Stauseen im Klöntal und auf der Bannalp. Und die Sicherheitsempfehlungen des Schweizerischen Talsperrenkomitees, das als offizielles Fachorgan fungiert, finden europaweite Beachtung.

Auch die Grimselwerke werden umfassend geschützt. Zwischen Sustenpass und Aaregletscher sind fünf grosse Talsperren und über ein halbes Dutzend Stauseen und Staubecken im Auge zu behalten. Die über hundert Meter hohen Mauern des Grimselsees wurden 1932 gebaut. Und das älteste Bauwerk, die 35 Meter hohe Staumauer am Gelmersee, feiert dieses Jahr seinen 80. Geburtstag. Das Sicherheitsrisiko nimmt deswegen keineswegs zu. «Unter guten Bedingungen sind Talsperren im hohen Alter sicherer, da der Beton mit den Jahren härter wird», sagt Andres Fankhauser, Ressortleiter Bau bei den Kraftwerken Oberhasli.

Das allein genügt aber nicht: In Innertkirchen kommen nicht nur die vielen Druckleitungen zusammen; im KWO-Betriebsgebäude werden auch die Überwachungsdaten gebündelt, welche von Sensoren und Messgeräten an den Talsperren geliefert werden. Ohne auf technische Details wie das Messen der Sickerwassermenge, des Wasserdrucks an der Talsperrensohle oder der Mauerverformung einzugehen: Vom Bundesamt für Energie BFE werden umfassende Kontroll- und Überwachungssysteme eingefordert. Die BFE-Sektion Talsperren ist mit der Oberaufsicht von über 200 grossen Stauanlagen und Talsperren in den Schweizer Alpen betraut und prüft deshalb auch das aktuell überarbeitete Wasseralarmkonzept der Grimselwerke.

Zwischen Sustenpass und Aaregletscher sind fünf grosse Talsperren und über ein halbes Dutzend Stauseen und -becken im Auge zu behalten.

Umfangreiche Kontrollen

«Erforderlich sind regelmässige Kontrollen und eine jährliche Dokumentation», erklärt Carl-Arthur Eder von der Sektion Talsperren das Pflichtprogramm der Kraftwerkbetreiber. Pro Talsperre braucht es einen Beobachtungsposten ausserhalb des Überflutungsgebietes, von welchem aus der Wasseralarm ausgelöst werden kann. Und durch die Brüstung jeder Staumauer zieht sich eine Alarmschlaufe, die bei mechanischer Störung zur Reissleine mit elektrischem Impuls wird. Der Schutzvorkehrungen aber nicht genug: Alle fünf Jahre muss ein externer Gutachter beigezogen werden, der dem Bundesamt einen Sicherheitsbericht über das Bauwerk, die Geologie und die hydrologischen Verhältnisse abzuliefern hat.

Auch der Hochwasserschutz ist laufend an die neusten Ereignisse anzupassen. Denn bestätigt sich der Trend, dass bestimmte Jahreszeiten niederschlagsreicher werden, wäre dies beim Betreiben der Talsperren zu berücksichtigen – damit die Stauseen bei Unwettern weiterhin nicht überlaufen und im Gegenzug als Puffer wirken.

Paul Knüsel
Journalist

Infrastruktur

Polyvalente und ausfallsichere Systeme

Am jährlichen Sirenentest vom 4. Februar haben wieder auf tausenden Dächern der ganzen Schweiz die Sirenen geheult. Das System zur Warnung, Alarmierung und Information der Bevölkerung umfasst aber weit mehr als die Sirenen für den Allgemeinen Alarm und den Wasseralarm. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz BABS hat im letzten Jahr mit POLYALERT ein Projekt für ein neues Alarmierungssystem lanciert. Geplant ist, das polyvalente und ausfallsichere System von 2010 bis 2015 aufzubauen und in Betrieb zu nehmen.

In der ganzen Schweiz verteilt stehen derzeit etwa 4700 stationäre Sirenen für die Alarmierung der Bevölkerung mit dem Allgemeinen Alarm und 700 Sirenen – unterhalb von Stauanlagen – für die Alarmierung mit dem Wasseralarm. Neben diesen fest montierten Sirenen gibt es 2800 mobile Sirenen, die auf Fahrzeugen befestigt werden können und für die Alarmierung in abgelegenen Gegenden vorgesehen sind. Die Anzahl der kantonal betriebenen Sirenen variiert je nach Grösse, Topografie und Besiedlungsdichte des Kantons zwischen 30 und 800 Sirenen.

Das (technische) Alarmierungssystem beschränkt sich aber längst nicht nur auf die vor allem auf Hausdächern sichtbaren Sirenen: Netzwerke, Kommandogeräte und Fernsteuergeräte gehören ebenso dazu. Die Auslösung der Sirenen ist meist nicht nur direkt bei der Sirene, sondern auch zentral ferngesteuert möglich. Grundsätzlich lösen die kantonalen Behörden den Allgemeinen Alarm aus, in der Regel die Kantonspolizei; für den Wasseralarm liegt die Verantwortung bei den Stauanlagenbetreibern.

In allen Lagen funktionsfähig

Ans Alarmierungssystem sind hohe Sicherheitsanforderungen gestellt: «Es muss auch funktionieren, wenn alle anderen Systeme nicht mehr einsatzfähig sind. Man darf nicht vergessen, dass die Behörden die Bevölkerung alarmieren, wenn eine Katastrophe passiert ist oder eine Gefahr besteht», bringt Thomas Kiener, Projektmanager POLYALERT im Bundesamt für Bevölkerungsschutz BABS, die Herausforderung auf den Punkt. «Das Alarmierungssystem muss in allen Lagen funktionsfähig und Fehlalarme müssen technisch abgesichert sein.»

Laut Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz sowie Alarmierungsverordnung trägt der Bund die Kosten für die Projektierung, das Material, die Installation und Erneuerung der Systeme zur Alarmierung der Bevölkerung. Die Kantone und Gemeinden sowie die Betreiber von Stauanlagen übernehmen die Kosten für den Betrieb und den Unterhalt der Systeme. Heute geschieht die zentrale Auslösung des Allgemeinen Alarms über das Sicherheitsnetz INFRANET (System SFI-457) der Swisscom, die Auslösung des Wasseralarms über zwei Systeme (SAM und LOCOM), die auf dem INFRANET basieren. Für beide Alarmzeichen ist der Betrieb nur noch bis ins nächste Jahrzehnt hinein sichergestellt, weshalb das BABS die Systeme zu erneuern hat.

In der ganzen Schweiz verteilt stehen derzeit etwa 4700 stationäre Sirenen für die Alarmierung der Bevölkerung mit dem Allgemeinen Alarm.

Alarmierungssystem für 2012 und 2015

«Das neue System POLYALERT soll alle bestehenden Systeme ersetzen, wobei es in Etappen aufgebaut und in Betrieb genommen wird», erklärt Thomas Kiener. «Die Vorgabe lautet, dass die für den Wasseralarm massgebenden Teile 2012 und die übrigen Teile 2015 operativ sind.» 2010 will der Projektmanager mit dem Aufbau beginnen. Natürlich muss das Alarmierungssystem auch in der Aufbau- und Übergangsphase voll funktionieren.

Für technisch Interessierte: Die Gesamtlösung besteht aus Kommandostellen, Fernsteuergeräten, zwei redundant ausgelegten Command- und Control-Rechenzentren und Netzwerken. Bei den Netzwerken unterscheidet man zwischen den im Normalfall benutzten Defaultnetzen und einem Notnetz, das als so genannte Rückfallebene dient.

Dank Netzschnittstellen lassen sich bundeseigene und andere Netze einsetzen. Es können Netze von öffentlichen Providern oder – wo verfügbar – das Einsatznetz der Armee und die kantonalen POLYCOM-Teilnetze benutzt werden.

Polyvalente Telematiksysteme

Für Peter Wüthrich, Chef des neu gebildeten BABS-Fachbereichs Telematiksysteme, ist POLYALERT denn auch als Element in einem grösseren Umfeld zu betrachten: Die sichere Fernsteuerung der Alarmierungsmittel sei nur ein Aspekt, es gehe auch um die sichere Kommunikation zwischen den Einsatzkräften (POLYCOM) und um die sichere Information der Bevölkerung (POLYINFORM). «Die Wichtigkeit der Telematiksysteme hat nicht zuletzt das Projekt OWARNA aufgezeigt, das Projekt Optimierung der Warnung und Alarmierung bei Naturgefahren.»

Das nach den Unwettern 2005 vom Bundesrat gestartete Projekt OWARNA befasste sich unter anderem mit Fragen nach Alarmierungs- und Kommunikationssystemen, welche auch bei Ausfällen von Strom, Übermittlungszentralen oder Netzabschnitten noch eingesetzt werden können.

Zur Umsetzung wurden die folgenden Massnahmen festgelegt, die ebenfalls für POLYALERT als Anforderungen massgebend sind:

- Die Strom- und Notstromversorgung in der Grundversorgung der Systeme sowie der Notstromversorgung bei den Endgeräten ist sicherzustellen;
- bei den zwingend notwendigen Netzwerken sind Redundanzen zu schaffen (redundante, unabhängige Netze und eine dazugehörende Notstromversorgung);
- neue Technologien zur Alarmierung der Bevölkerung, beispielsweise «Zusatzwecksysteme» zu den Sirenen für die Alarmierung der Bevölkerung in Gebäuden, sind zu prüfen.

Zusatzsysteme: neue Möglichkeiten

Die ersten beiden Punkte sind für die Sicherstellung der Alarmierung der Bevölkerung zentral. Bei Aussagen zu zusätzlichen Alarmierungskanälen ist Thomas Kiener hingegen etwas zurückhaltend: «Das neue System wird weitere Nutzungen ermöglichen. Unsere Leistungen beschränken sich aber darauf, die Basisinformation zu verbreiten, d.h. anzugeben, in welchem regionalen Bereich welcher Alarmtyp ausgelöst wurde.»

Meist können die Sirenen nicht nur vor Ort, sondern auch zentral von den Kantonspolizeien ausgelöst werden.

Der Projektmanager POLYALERT stellt sich vor, dass Firmen die Informationen über weitere Systeme verbreiten können, die gezielt auf Personengruppen ausgerichtet sind, die mit der Alarmierung über die Sirenen kaum direkt zu erreichen sind. «Konkret denke ich etwa an spezielle Handys für Behinderte, Systeme, welche vibrieren, Zugsinformationssysteme, Verkehrsinformationssysteme oder Panels in Einkaufszentren. Alle diese weiteren Leistungen müssten von kompetenten und vertrauenswürdigen Partnern weiterbearbeitet werden.»

Information der Bevölkerung in Krisenlagen für 2012

Im Bereich der Warnung, Alarmierung und Information der Bevölkerung ist neben POLYALERT vor allem POLYINFORM von Bedeutung, auch bekannt unter dem Begriff IBBK für «Information der Bevölkerung durch den Bund in Krisenlagen». Das IBBK-Radio baut auf die erste Radio-Senderkette der SRG SSR idée suisse (DRS1, RSR1, RSI1) auf: Die Sendestationen sind mit zusätzlichen Übertragungseinrichtungen ausgerüstet, um in ausserordentlichen Lagen die Radioversorgung sicherzustellen.

Bereits 1980 beauftragte der Bundesrat die damaligen PTT-Betriebe, für den Katastrophen-, Krisen- und Kriegsfall ein Radionetz zu realisieren, das 85 Prozent der Bevölkerung in Schutzräumen mit UKW-Signalen versorgen kann. Dieses Vorläufersystem UKW 77 wurde bekannt als «die Stimme, die durch Beton geht». 2004 beauftragte der Bundesrat die Bundeskanzlei, die Information an die Bevölkerung über das bestehende Radionetz sicherzustellen. Die Verantwortung für den Betrieb des neuen Netzes wurde dem BABS übertragen. Ab 2012 wird dem Bund für die Information der Bevölkerung in Krisenlagen ein System auf dem neusten technischen Stand zur Verfügung stehen.

Weniger Funktionalitäten, mehr Autonomie

«OWARNA macht deutlich, dass die meisten Leute sich auf ihre Alltagsmittel verlassen, aufs Handy, den fixen Telefonanschluss und das Internet, sich aber keine Gedanken machen, wie sie in der Krise, etwa bei einem Stromausfall, kommunizieren», sagt Peter Wüthrich. Es habe sich gezeigt, wie schwierig es ist, die Schwachstellen bei diesen Alltagssystemen örtlich zu identifizieren. «Niemand weiss so genau, wo die Glasfaserkabel der öffentlichen Netze durchgehen, die die Zentralen und Antennen verbinden, und wo deren Stromeinspeisung ist. Zumindest fehlt hier landesweit der Überblick. Ausserdem wäre es nicht finanzierbar, überall Notstromanlagen und Zweitenergieeinspeisungen zu installieren.»

Das Fazit ist für Peter Wüthrich klar: «In der Krise muss auf die sicherheitspolitisch relevanten Systeme POLYCOM, POLYALERT und POLYINFORM gesetzt werden.» Diese Systeme erlauben technisch zwar weniger Funktionalitäten als die marktbetriebenen Telematiksysteme (Handy, Festnetz, Internet usw.). «Dafür können sie krisenfest realisiert werden, insbesondere mit höherer Autonomie.»

Pascal Aebischer
Stv. Chef Kommunikation, BABS

Weiterführende Links:
www.polyalert.admin.ch
www.polycom.admin.ch
www.sirenenalarm.ch

Einsatzequipe VBS (EEVBS)

Militärisch-zivile Zusammenarbeit zum Schutz vor Chemiewaffen

Lange Zeit existierte ein Angriff mit chemischen Kampfmitteln lediglich in den Szenarien der Militärbehörden. Spätestens seit der Sarin-Attacke von Tokio jedoch werden zivile Kampfstoffeinsätze in die Katastrophenplanung miteinbezogen. Auch die Schweiz hat die Bedrohung durch diese Form des Terrors analysiert – und vor acht Jahren die Einsatzequipe VBS (EEVBS) gebildet.

Der Terror kam auf leisen Sohlen: Am 20. März 1995, mitten im morgendlichen Berufsverkehr, betraten fünf Teams der Endzeit-Sekte Aum Shinrikyo («Höchste Wahrheit») mehrere Züge der Tokioter U-Bahn. Einige trugen Chirurgenmasken, wie sie die japanischen Pendler während der Grippesaison häufig benutzen. Unauffällig legten die Attentäter in Zeitungspapier gewickelte Plastiktüten auf den Boden und durchstachen diese mehrmals mit der geschärften Spitze eines Regenschirms. Dann strömte langsam Sarin aus – ein Nervengas, das deutsche Forscher vor und während des Zweiten Weltkriegs entwickelt hatten.

Sarin ist einer der gefährlichsten chemischen Kampfstoffe, die jemals zu Waffenzwecken hergestellt worden sind. Die Bilder von Menschen, die damals aus den U-Bahn-Schächten flohen, gingen um die Welt. Zwölf Menschen starben, etwa 1300 wurden verletzt. Noch heute leiden manche Opfer unter posttraumatischen Belastungsstörungen mit Symptomen wie Übelkeit, Angstattacken und Schlaflosigkeit.

LABOR SPIEZ und Kompetenzzentrum ABC der Armee

1996 empfahl die eidgenössische Kommission für ABC-Schutz den zuständigen Behörden, der Gefahr des C-Terrorismus durch angemessene Massnahmen zu begegnen: Die kantonalen C-Schutz-Konzepte sollten ergänzt und die Bereitschaft der Einsatzorganisationen sollte ausgebaut werden. Und der Bund sollte ein Expertenteam bilden, das in einer zweiten Staffel die lokalen Ersteinsatzkräfte unterstützen kann.

Mit den Ressourcen des ABC-Zentrums in Spiez (LABOR SPIEZ und Kompetenzzentrum ABC der Armee) wurde die Einsatzequipe VBS (EEVBS) aufgebaut, die nun schon seit acht Jahren für folgende Aufgaben zuständig ist:

- Fachberatung von Polizei, Feuerwehr/Chemiewehr und Sanität durch Experten per Telefon und auf dem Schadenplatz
- Nachweis von Kampfstoffen mit Spürausrüstung am Schadenplatz und Markierung des vergifteten Gebietes
- Probenahme vor Ort und anschliessende Off-Site-Analyse im LABOR SPIEZ

Um auch ohne eine Pikettorganisation bei Bedarf einen Minimalbestand an Experten mobilisieren zu können, wurde ein Pool von 60 qualifizierten Mitarbeitern des Kompetenzzentrums ABC der Armee und des LABOR SPIEZ gebildet. Diese Experten absolvieren regelmässige Ausbildungen und können rund um die Uhr mittels Pager aufgeboten werden. Die Alarmierung erfolgt aus der Nationalen Alarmzentrale NAZ in Zürich. Zwei Transporter mit einer Ladekapazität für acht Personen bringen die Teams und deren Material vor Ort. Je nach Situation kann der Transport auch mit einem Grossraumhelikopter erfolgen.

Je nach Situation kann der Transport auch mit einem Grossraumhelikopter (Super Puma) erfolgen.

Der Angriff von Tokio war der grösste zivile chemische Angriff auf Zivilisten in der Geschichte. Die Sekte verfügte über grosse finanzielle Mittel, konnte japanische Wissenschafter für ihre Zwecke rekrutieren und das U-Bahn-System von Tokio bot sich als günstiges Ziel an. Eine ähnliche Attacke ist für die Schweiz zwar nicht sehr wahrscheinlich, kann aber nicht ausgeschlossen werden. Ein Einsatzteam aus Spiezer Experten, die sich in ihrer täglichen Arbeit mit Chemiewaffen beschäftigen, ist im Sinne einer präventiven Massnahme daher die richtige Antwort.

Übung des Kantonalen Führungsstabs Waadt

GVA 08: Flugzeugabsturz auf Waadtländer Boden

Nach einem Flugzeugabsturz sind nicht nur die Einsatzkräfte vor Ort gefordert. Im Hintergrund gilt es in einem chaotischen, emotionsgeladenen und mediatisierten Umfeld die Einsätze zu koordinieren. Der Waadtländer Kantonale Führungsstab hat dies im Dezember geübt.

Der Kanton Waadt wollte mit der Übung «GVA 08» vom 4. und 5. Dezember 2008 die Strukturen und Prozesse, aber auch die Koordinationsmassnahmen des Kantonalen Führungsstabs (KFS) beurteilen. Darüber hinaus sollte die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Stellen überprüft werden. Die «GVA 08» wurde vom Leitungsgremium für Organisation und Koordination bei Grossereignissen und im Katastrophenfall (CODIR ORCA) beobachtet.

Das Szenario: Absturz in der Region Nyon

Womit bekamen es die Beübten zu tun: Eine MD 90-30 mit 82 Personen an Bord startet um 6.30 Uhr vom Flughafen Genf mit Ziel Tanger. Fünf Minuten nach dem Start meldet die Besatzung eine schwere Störung und leitet eine Notlandung ein. Die Situation verschlimmert sich aber rapide: Das Flugzeug gerät in Brand und wird unkontrollierbar. Schliesslich stürzt es bei zunehmendem Wind und starkem Schneefall in der Region Nyon ab.

Zwei Gemeinden der La Côte sind durch die niedergehenden Trümmer stark betroffen. Tote sind zu beklagen, Flugzeuginsassen und Personen, die sich im Absturzgebiet aufgehalten haben. Zudem ist eine Stromverteilerstation beschädigt, die Verkehrsachsen sind blockiert und verschiedene Brände ausgebrochen. Eine lokale radioaktive Verseuchung wird befürchtet, möglicherweise mit Verschmutzung von Boden und Wasser.

Der Waadtländer Kantonale Führungsstab während der Übung «GVA 08».

Hochkomplexe Lage erfordert klare Prozesse

Bereits kurz nach der Übung liessen sich erste Erkenntnisse festhalten:

- Der Aufbau eines KFS ist in einer solch hochkomplexen Lage unabdingbar, um die zahlreichen Probleme zu bewältigen, die sich beim Einsatz in der betroffenen Zone ergeben (interkantonale Zusammenarbeit und Zusammenarbeit mit Privaten, Zuzug von Verstärkung usw.).
- Die Partner müssen bekannt sein (Aufgaben, Strukturen, Abläufe), um Missverständnisse, Unklarheiten und Zeitverlust zu vermeiden. Idealerweise kennt man sich schon vorgängig.
- Herauskristallisiert hat sich die Wichtigkeit eines leistungsstarken und permanenten Sachbereichs «Lage». Die Menge der eingegangenen Informationen und die gezielten Recherchen verlangen nach klaren Prozessen für Informationsbeschaffung und -triage.
- Die Kommunikation mit den Medien und der Bevölkerung beginnt schon wenige Minuten nach der Katastrophe. Um die Herausforderung zu meistern, braucht es den sehr raschen Aufbau einer professionellen Equipe.
- Die Arbeit des Krisenstabs spielt sich in einem emotionsgeladenen und mediatisierten Umfeld ab. Um die Handlungsfähigkeit zu erhalten, muss eine gewisse Distanz zu den Ereignissen gewahrt bleiben.
- Schliesslich muss der Stab in wirksamen Strukturen und Abläufen arbeiten. Dies verlangt ein Rückgrat aus professionellen Generalisten, welche die Spezialisten, die in der Arbeit eines Stabes nicht geübt sind, effizient unterstützen.

Die Übungsbeobachter haben die hohen Kompetenzen der Mitglieder des KFS hervorgehoben. In der mehrere Monate dauernden Erarbeitung der «GVA 08», während des eigentlichen Ereignisses und bei der ersten Bilanzierung zeigte sich auch immer die vorzügliche Zusammenarbeit zwischen den Partnern. Neben den kantonalen Waadtländer Bevölkerungsschutzpartnern arbeiteten Genfer Instanzen (Flughafen, kantonaler Stab OSIRIS), Bundesvertreter (vor allem BABS, Armee, Büro für Flugunfalluntersuchungen BFU) und private Beteiligte (SBB, Romande Energie, Rega, verschiedene Spezialisten, Medien) eng zusammen.

Informationskampagne Sirenentest 2009

Prominente Botschafter für den Bevölkerungsschutz

Unterstützt durch Ex-Miss-Schweiz Christa Rigozzi, Hochseesegler Pierre Fehlmann sowie Fernseh- und Radiomoderator Sven Epiney nutzte das BABS den diesjährigen Sirenentest vom 4. Februar für eine breit angelegte Informationskampagne. Mehrere Kantone und Gemeinden leisteten tatkräftige Unterstützung. Die Kampagne verlief überaus erfolgreich: Die Bevölkerung reagierte positiv, das Medienecho war enorm. Ein Imagegewinn für den Bevölkerungsschutz.

Bereits Tage vorher haben Fernsehspots auf den bevorstehenden Sirenentest aufmerksam gemacht. Am Vortag des schweizweit durchgeführten Tests informierte das BABS an einer Medienkonferenz über den Sirenentest und über die Alarmierung der Bevölkerung generell. Mit Beteiligung der drei prominenten Botschafter für den Bevölkerungsschutz fand zudem ein spezieller Medienanlass statt: Bei einem Überflug der Stauanlage Grande Dixence konnten sich Medienvertreter einen authentischen Eindruck von der Gefährdung durch einen möglichen Staudammbruch verschaffen. Fachleute und verantwortliche Politiker informierten in Sitten über die entsprechenden Schutzmassnahmen, insbesondere über den Wasseralarm.

Gegen 500 000 Direktkontakte

Am Morgen des 4. Februar haben viele Radiosender Infospots zur Ankündigung des Sirenentests ausgestrahlt – mit persönlichen Statements der drei prominenten Botschafter. Zudem wurde die Bevölkerung direkt angesprochen: An nahezu 30 grösseren Bahnhöfen empfingen Vertreterinnen und Vertreter des Bevölkerungsschutzes die Pendlerinnen und Pendler und machten mit neuartigen, tragbaren Leuchtpanels auf den Sirenentest aufmerksam. Ausserdem verteilten sie fast eine halbe Million Info-Cards zum richtigen Verhalten bei einem Sirenenalarm. Das erforderliche Personal wurde zu einem wesentlichen Teil von den betroffenen Kantonen und Gemeinden zur Verfügung gestellt. Pierre Fehlmann in Lausanne, Christa Rigozzi in Basel und Sven Epiney in Zürich waren auch bei der Verteilaktion persönlich im Einsatz.

www.sirenenalarm.ch

Eine neue Kampagnen-Website mit übersichtlich zusammengestellten Informationen zum Thema Alarmierung in der Schweiz begleitete die Kampagne. Diese Website wird als dauerndes Informationsangebot weiter betrieben.

Mit der Informationskampagne ist es dem BABS mit den Kantonen, Gemeinden und weiteren Partnern gelungen, die Bevölkerung sehr gut auf den Sirenentest aufmerksam zu machen. Darüber hinaus sind viele Menschen über Sinn und Zweck der Alarmierungssysteme, über das richtige Verhalten bei einem Sirenenalarm sowie generell über den Bevölkerungsschutz informiert worden.

So viel öffentliche Aufmerksamkeit gab es für den Bevölkerungsschutz zuvor noch nie. Der breite Ansatz der Informationskampagne und besonders auch das erfrischende, sympathische Auftreten der prominenten Botschafter haben den diesjährigen Sirenentest in der ganzen Schweiz zu einem eigentlichen «Tag des Bevölkerungsschutzes» gemacht!

Willi Scholl, Direktor BABS, stellte den Medien am Tag vor dem Sirenentest die Informationskampagne vor. Unterstützt wurde er dabei von einer Botschafterin und zwei Botschaftern aus allen Landesteilen: Christa Rigozzi, Pierre Fehlmann und Sven Epiney.

In rund 30 Bahnhöfen der Schweiz wurden die Info-Cards verteilt.

Kulturgüterschutz

Neuerungen bei der Mikroverfilmung

Der Kulturgüterschutz lagert im bundeseigenen Archiv gegenwärtig über 63 000 Mikrofilme, auf denen wichtige Informationen zu kulturellen Institutionen und Sammlungen aus allen Kantonen gespeichert sind. Die Weisungen zur Mikroverfilmung des BABS werden zurzeit überarbeitet und dem neusten Stand der Technik angepasst.

Das Thema Mikrofilm nimmt in der Agenda des Fachbereichs Kulturgüterschutz (KGS) im BABS dieses Jahr einen prominenten Platz ein: Parallel zur Revision des Schweizerischen Inventars der Kulturgüter läuft auch die Überarbeitung der Weisungen zur Mikroverfilmung, deren aktuell gültige Fassung aus dem Jahr 1986 stammt. Ziel ist es, die neusten technologischen Möglichkeiten zu nutzen und dabei einen optimalen Qualitätsstandard zu erhalten.

Mikrofilme: aus der Langzeitarchivierung nicht wegzudenken.

Prof. Sabine Süsstrunk (ETH Lausanne) wurde als Expertin mit der Anpassung der technischen Vorgaben betraut. In die neuen Bundesrichtlinien werden verschiedene Neuerungen aufgenommen, beispielsweise die Verwendung des Farbmikrofilms für bestimmte Vorlagen (wie Pläne oder Karten), Mikrofiches oder der digitale Workflow, d.h. Mikroverfilmung basierend auf digitaler Vorlage.

Keine gleichwertige Alternative

Es mag Aussenstehende erstaunen, dass auch im digitalen Zeitalter noch Daten auf Mikrofilm festgehalten werden. Doch es gibt im Bereich der Langzeitarchivierung nach wie vor keine gleichwertige Alternative dazu. Diesen Sachverhalt nimmt auch die KGS-Zeitschrift «Forum» in ihrer 14. Nummer im Juli 2009 mit Schwerpunkt Mikrofilm auf. Als weitere Publikation zu diesem Thema bringt das BABS dieses Jahr neben den neuen Weisungen einen Begleitbericht heraus, der die wichtigsten Änderungen der Überarbeitung erläutert.

Sicherheitsnetz Funk der Schweiz

POLYCOM weiterhin dynamisch

Der Ausbau von POLYCOM, des nationalen Funksystems der Behörden und Organisationen für Rettung und Sicherheit (BORS), verläuft weiter erfolgreich: Anfang Jahr arbeiteten in elf Kantonen (inklusive neu SO) die BORS-Organisationen mit POLYCOM und in vierzehn Kantonen das Grenzwachtkorps. Neun Kantone waren in der Realisierungsphase der Teilnetze und sechs weitere Kantone in der Abklärungsphase.

Bezogen auf die Fläche der Schweiz sind mit POLYCOM 80 Prozent abgedeckt, das heisst bereits in Betrieb oder in Realisierung, wobei fünf Kantone (BL, BE Phase II, ZH, JU, GE) 2009 ihre Netze in Betrieb nehmen. Zudem sind in diesem Jahr in vier Kantonen (TI, GR, FR, LU) Parlamentsbeschlüsse zu erwarten.

Das Netz wird über mehrere Jahre – bis circa 2012 – schrittweise durch die Realisierung von Teilnetzen aufgebaut. Die Koordination des gesamten Vorhabens nimmt das Projektmanagement POLYCOM beim BABS wahr. Die Kantone erstellen die Teilnetze unter Berücksichtigung der Vorgaben des Bundes eigenständig nach ihren Bedürfnissen.

Personelles

Marco Brossi tritt als Chef NAZ zurück

Ende Februar hat Dr. Marco Brossi, Chef der Nationalen Alarmzentrale und Mitglied der Geschäftsleitung, das Bundesamt für Bevölkerungsschutz BABS verlassen. Marco Brossi übernahm seine Position 1999, als die NAZ noch im Generalsekretariat des VBS angesiedelt war. Er nimmt ab April eine neue Herausforderung in der Privatwirtschaft an, bleibt den Fragestellungen des Bevölkerungsschutzes thematisch aber verbunden.

Unter seiner Führung wandelte sich die NAZ von einer stark hierarchisch geprägten Fachstelle für Radioaktivität zu einer breit ausgerichteten und vielseitig einsetzbaren Fachstelle für ausserordentliche Lagen, die nach modernen KMU- und Dienstleistungsgrundsätzen geführt wird.

Die Einbettung der NAZ in ein sich rasch änderndes Umfeld mit neuen Gefahren, die Weiterentwicklung einsatzorientierter Informatiksysteme und die neue Aufgabe als Melde- und Lagezentrum des Bundes waren die wichtigsten thematischen Schwerpunkte in dieser Zeit. Mittlerweile ist die Elektronische Lagedarstellung ELD in den Bereichen Bevölkerungsschutz und Innere Sicherheit breit verankert und kaum mehr wegzudenken; die NAZ verfügt über ein weitreichendes Partnernetzwerk in den Kantonen, bei Fachstellen, im Ausland und bei weiteren, auch privaten Partnerorganisationen. Administrativ galt es, die NAZ ab 2003 in das neu geschaffene BABS zu integrieren und als Teil eines FLAG-Amtes zu etablieren.

Oberste Maxime für Marco Brossi war stets, seinem Team ein Umfeld zu schaffen, in dem die Mitarbeitenden ihre Aufgaben optimal erfüllen und im Sinne der Sache weiterdenken konnten. Über seine wichtigsten Erfolge mag er sich nicht lange auslassen: «Servir et disparaître» sei sein Grundsatz beim Abschied aus dem BABS.

Dr. Marco Brossi wechselt von der Nationalen Alarmzentrale NAZ in die Privatwirtschaft.

Armee und Zivilschutz

Die Rekrutierungszahlen für 2008

Im Jahr 2008 rekrutierte die Armee 38 597 (im Vorjahr 39 686) Stellungspflichtige. 1519 (1493) junge Schweizerinnen und Schweizer wurden zurückgestellt. Das entspricht 3,94 % (2,69 %), somit sind 37 078 endgültig beurteilt worden. Davon waren 23 940 oder 64,57 % (25 321 oder 66,32 %) militärdiensttauglich und 5927 oder 15,98 % (6113 oder 16,01 %) schutzdiensttauglich. 7211 oder 19,45 % Stellungspflichtige waren weder militärdienst- noch schutzdiensttauglich (6748 oder 17,67 %).

Nationale Alarmzentrale 2008

Zahl der Ereignisse stabil, drei grosse Ereignisse

Die Nationale Alarmzentrale verzeichnete 2008 etwa gleich viele Meldungseingänge wie 2007. Die Bearbeitung der Meldungen gestaltete sich aber aufwändiger als im Vorjahr. Dreimal setzte die NAZ ein Kernteam zur Verfolgung eines Ereignisses ein.

Von den 350 Ereigniseingängen (2007: 344 Ereigniseingänge) betrafen rund drei Viertel Fälle im Ausland, ein Viertel Ereignisse in der Schweiz. Die meisten Fälle betrafen auch in diesem Jahr Kernkraftwerke im Ausland.

Bei drei Ereignissen verfolgte die NAZ die Entwicklung über längere Zeit mit einem Kernteam von Spezialisten aus verschiedenen Bereichen. Diese betrafen den absturzgefährdeten amerikanischen Satelliten USA 193, der schliesslich über dem Pazifik abgeschossen wurde, sowie Zwischenfälle im Kernkraftwerk Krsko (Slowenien) und in der Wiederaufbereitungsanlage in Tricastin (Frankreich).

Der grösste Einsatz im Jahr 2008 war für einmal mit einem freudigen Ereignis verbunden: Während der Euro 08 stand die NAZ in erhöhter Bereitschaft und betrieb das Melde- und Lagezentrum des Bundes. Ausserdem wurde die Radioaktivität mit zusätzlichen Messsonden in verschiedenen Host Cities überwacht.

Hoher Besuch

Bundesrat Ueli Maurer im BABS

Bundesrat Ueli Maurer am Jahresanlass des BABS Ende Januar 2009.

Bereits im ersten Monat als neuer Bundesrat und Chef des Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport VBS besuchte Ueli Maurer das Bundesamt für Bevölkerungsschutz BABS. Am internen Jahresanlass Ende Januar hielt er fest, dass er das Gefühl habe, der Schweizer Bevölkerungsschutz funktioniere gut, und dass er der Ansicht sei, der Bevölkerungsschutz gewinne an Bedeutung. Der neue Chef bedankte sich bei seinen Mitarbeitenden für die bislang geleistete Arbeit zugunsten der Kantone und Partnerorganisationen und hielt sie an, sich mit vollem Einsatz für den Bevölkerungsschutz zu engagieren.

Aargau

1000 Meter mobiler Hochwasserschutz

Der Aargau ist regelmässig von Hochwassern betroffen; die Flüsse und Bäche, die dabei über die Ufer und Dämme treten, gefährden zum Teil die Bevölkerung und richten grosse Schäden an. Als Ergänzung zu den baulichen Massnahmen beschaffen die kantonalen Behörden nun mobile Hochwassersperren.

Obwohl sehr umfangreich, kann der bauliche Hochwasserschutz von Kanton und Gemeinden im Kanton Aargau nicht alle gefährdeten Gebiete schützen. Rund 15 Kilometer Ufer und Dämme gibt es an Flüssen (Aare, Limmat, Reuss und Rhein) und rund 1,5 Kilometer an Bächen, die bei Hochwasser zusätzlich geschützt werden müssen. Die Erfahrung der letzten 15 Jahre zeigt zudem, dass sich Überschwemmungen auch an unerwarteten Orten ereignen können. Deshalb sind mobile Mittel nötig, die punktuell und mit geringem Zeitaufwand eingesetzt werden können. Es ist davon auszugehen, dass der Schutz nicht an allen Orten gleichzeitig sichergestellt werden muss.

Sandsäcke viel aufwendiger

Zwar sind Sandsäcke ein bewährtes und vielfach erprobtes Mittel. Sie eignen sich vor allem für den Objektschutz und können auch zum Bau von Schutzdämmen eingesetzt werden. Der Bau von Schutzdämmen mit Sandsäcken ist aber sehr personal- und zeitintensiv. Er erfordert enorme Sandsackmengen und führt zu hohen Kosten. Der Regierungsrat hat deshalb Ende 2007 die Abteilung Militär und Bevölkerungsschutz beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Abteilung Landschaft und Gewässer sowie der Aargauischen Gebäudeversicherung (Abteilung Feuerwehrwesen) die Anschaffung moderner, mobiler Hochwassersperren zu prüfen.

Die Untersuchungskriterien der interdisziplinären Arbeitsgruppe waren: geringer Personalbedarf, einfaches Handling, einfacher Transport, tiefe Unterhaltskosten, Effizienz des Systems, Einsatzerfahrung bei Echtereignissen und Anschaffungskosten. Die Arbeitsgruppe schlug schliesslich vor, 1000 Meter mobile Hochwassersperren des Systems Beaver zu beschaffen. Die Stauhöhe dieses Systems beträgt 80 Zentimeter. 400 Meter sollen auf einem Anhänger, 400 Meter auf einem Wechselladebehälter gelagert und transportiert und 200 Meter auf Paletten bereitgehalten werden. Um auf 1000 Metern den gleichen Schutz zu erreichen, wären rund 75 000 Sandsäcke nötig. Die mobilen Hochwassersperren sollen in erster Linie dort eingesetzt werden, wo der grösste Schaden abgewendet werden kann.

Um auf 1000 Metern den gleichen Schutz wie mit dem mobilen System zu erreichen, wären rund 75 000 Sandsäcke nötig.

Erste Erfahrungen sammeln

Mitte September 2008 beschloss der Regierungsrat, diese Hochwassersperren mit den benötigten Transportmitteln zu beschaffen und die entsprechende Lagerinfrastruktur bereitzustellen. Die Aargauische Gebäudeversicherung beteiligt sich sehr grosszügig an den Beschaffungskosten. Mit dieser Beschaffung, die noch in diesem Jahr realisiert wird, sollen nun erste Erfahrungen gesammelt werden. Bei Bedarf kann beim Regierungsrat später die Beschaffung weiterer Schläuche beantragt werden. Damit sind die Gemeinden aber nicht von ihrer Aufgabe des vorbeugenden Hochwasserschutzes in gefährdeten Gebieten entbunden.

Der Betrieb (Einsatz, Übungen, Wartung und Unterhalt) wird durch das Kantonale Katastrophen-Einsatzelement sichergestellt. Die Lagerung der mobilen Hochwassersperren erfolgt an den Standorten der kantonalen Sandsacklager.

Stadt Genf

Feuerwehr und Zivilschutz vereint

Die Stadt Genf hat ihre für den Zivilschutz und die Feuerwehr zuständigen Ämter auf den 1. Januar 2009 zusammengelegt. Dabei wurde das Amt für Schutz und Betreuung (SAPP, Zivilschutz) in das Amt für Feuer und Rettung (SIS, Berufsfeuerwehr) integriert.

Am 15. Januar 2009 haben sich die professionellen Kader von Feuerwehr und Zivilschutz gemeinsam mit den Milizkadern zum ersten Hauptrapport Bevölkerungsschutz der Stadt Genf zusammengefunden.

Kanton Thurgau

Kantonaler Führungsstab neu organisiert

Am Jahresrapport des Thurgauer Führungsstabes hat Regierungsrat Claudius Graf-Schelling die Funktion des Stabschefs auf 1. Januar 2009 Niklaus Stähli übertragen. Stähli ist Chef des Amtes für Bevölkerungsschutz und Armee. Der bisherige Stabschef, Polizeikommandant Hans Baltensperger, wurde damit von seiner Doppelfunktion als Einsatzleiter und Stabschef entlastet.

Die frühere Gesetzgebung wies dem kantonalen Führungsstab operative und strategische Aufgaben zu. Nach einer Überprüfung der Struktur des kantonalen Führungsstabs wurde die bis anhin in der Person von Polizeikommandant Hans Baltensperger vereinte Führungs- und Einsatzverantwortung per 1. Januar 2009 aufgeteilt. Baltensperger wird Dienstchef Polizei, bleibt aber Stellvertreter von Stabschef Niklaus Stähli.

Kanton Schwyz

Neuer Vorsteher des Amts für Militär, Feuer- und Zivilschutz

Der Regierungsrat des Kantons Schwyz hat Magnus Sigrist zum neuen Vorsteher des Amts für Militär, Feuer- und Zivilschutz AMFZ gewählt. Die nochmalige Wahl eines Nachfolgers von Urs Hofer, welcher am 1. März 2009 das Pensionsalter erreicht hat, wurde mit dem plötzlichen und tragischen Tod von Ernst Schilter notwendig, der vom Regierungsrat in diese Funktion gewählt worden war.

Der 50-jährige Magnus Sigrist, gelernter Chemielaborant und Eidg. dipl. Zivilschutzinstruktor, ist seit 1986 beim AMFZ tätig. Als Zivilschutzinstruktor wurde er 1991 Ausbildungschef und 2007 Stellvertreter des Amtsvorstehers. Seit 2002 amtet der Oberstleutnant der Rettungstruppen zusätzlich als Kreiskommandant des Kantons Schwyz.

Kanton Zug

Der ZSO-Stab übt ausserkantonalen Einsatz

Aufgrund der Klimaerwärmung sind in der Zukunft grosse Unwetter in kurzen Zeitintervallen zu erwarten. Die Stabsübung für das Kommando und die Kompaniekommandanten der Zivilschutzorganisation des Kantons Zug fand vom 14. bis 17. Januar 2009 denn auch unter dieser Optik statt. Ausgangslage war ein schweres Unwetter im Kanton Nidwalden. Das Szenario: Starke Regenfälle lösen in Nidwalden Hangrutsche aus. Zusätzliches Schmelzwasser lässt Bäche und Seen sehr schnell anschwellen und über die Ufer treten, Bäche fliessen mit Geschiebe und Holz durch die Wohngebiete. Das Hilfsbegehren des Kantons Nidwalden an den Kanton Zug wird durch die Zuger Regierung bewilligt. Fazit: Die Kommandomitglieder konnten ihre Kenntnisse in der Stabsarbeit und der Konzepterstellung vertiefen. Die Kommandanten planten den Einsatz und bereiteten die Befehlsgebung an ihre Zugführer vor. Der simulierte ausserkantonale Katastropheneinsatz verlief erfolgreich und die Kader sind für solche Notlagen gerüstet.

Schweizerischer Feuerwehrverband SFV

Engagement für 105 000 Angehörige der Feuerwehr

Der Schweizerische Feuerwehrverband SFV vertritt die rund 105 000 Milizfeuerwehrleute und Profis in der Schweiz und im Fürstentum Liechtenstein. Neben der Interessenvertretung engagiert sich der Verband im 140. Jahr seines Bestehens vor allem in der Aus- und Weiterbildung der Angehörigen der Feuerwehr.

Dem SFV sind alle Frauen und Männer der Feuerwehren in der Schweiz und in Liechtenstein angeschlossen. Insgesamt leisten diese ihren Dienst in rund 1800 Feuerwehrkorps – 14 davon, mit rund 1000 Angehörigen, sind Berufsfeuerwehren. Nachdem der Feuerwehrverband über Jahrzehnte quasi hoheitliche Funktionen wahrnahm, hat er sich neu organisiert und positioniert:

- als Vertreter der Angehörigen der Feuerwehren, der seine Mitglieder in Form von Dienstleistungen wie der Hilfskasse unterstützt und deren Anliegen bei den politischen und institutionellen Organisationen sowie den benachbarten nationalen Verbänden und bei der internationalen Vereinigung des Feuerwehr- und Rettungswesens CTIF vertritt;
- als Mandatsnehmer im Auftrag der Feuerwehr Koordination Schweiz FKS, der die Mandate Schweizerische Feuerwehr-Instruktoren-Schule SFIS (Basiskurse und WBK) sowie das Mandat Führung Taktik I im Rahmen der Schweizerischen Feuerwehr Fachausbildung SFF ausübt;
- als Anbieter von technischen Tagungen, Seminaren und Weiterbildungsangeboten ausserhalb der Instruktorenausbildung;
- als Anbieter weiterer Produkte und Dienstleistungen.

Mit der FKS, der Vertretung der Kantone, hat der SFV letztes Jahr die Tätigkeitsfelder der beiden Organisationen durchleuchtet und neu formuliert: Die FKS befasst sich mit den Anliegen des Feuerwehrwesens hoheitlicher Natur und von gesamtschweizerischer Bedeutung, während der SFV primär die persönlichen Interessen der Feuerwehrleute und deren Interessenvertretung auch gegenüber den Feuerwehrinstanzen wahrnimmt.

Als Zentralpräsident des SFV amtet der Waadtländer Laurent Wehrli. Mit ihm bildet der 9-köpfige Zentralvorstand die strategische Führung des SFV. Die vier Feuerwehrregionen Ostschweiz (SG, TG, SH, ZH, GL, GR und FL), Zentralschweiz (UR, SZ, OW, NW, LU, ZG, AG, BE), Nordwestschweiz (SO, BS, BL) und der Groupement Latin (Romandie und Tessin) werden durch je ein Vorstandsmitglied vertreten. Zwei Vorstandsmitglieder stammen aus den Reihen der Berufsfeuerwehren und zwei Mitglieder des Zentralvorstandes nehmen die Interessen der Instruktoren wahr. Für die operativen Aufgaben zeichnet unter der Führung von Robert Schmidli die Geschäftsstelle in Gümligen verantwortlich.

Ausbildung von Feuerwehr-Instruktoren: Der SFV führt als Mandatsträger die Feuerwehr-Instruktoren-Schule SFIS durch.

Breite Produktpalette

Das Weiterbildungsangebot des SFV für Angehörige der Feuerwehr ist breit gefächert: 2008 haben über 1200 Teilnehmer die Tagungen und Weiterbildungskurse durchlaufen. Der SFV bietet insbesondere Lehrgänge im Bereich der Arbeitssicherheit an, aber auch Kurse (etwa «Mobile Lüfter»), die die Regeln zum Einsatz von Gerätschaften in der Feuerwehr beleuchten. Schliesslich können erfahrene Angehörige der Feuerwehr in Lehrgängen wie dem Atemschutzeinsatztraining ihre Kenntnisse perfektionieren.

Der SFV ist Herausgeber der Schweizerischen Feuerwehr-Zeitung. Die monatlich dreisprachig im Umfang von rund 128 Seiten erscheinende SFZ ist anerkannte Fachzeitschrift für die Bereiche Feuerwehr, Blaulichtorganisationen und Katastrophenbewältigung.

Weiterführender Link:
www.swissfire.ch

Schweizerisches Rotes Kreuz SRK

Ein wichtiger Akteur bei der Bewältigung von Katastrophen

Viele Menschen leben in Not. Ihnen hilft das Schweizerische Rote Kreuz SRK mit seinen verschiedenen Organisationen – vom Samariterbund bis zur Rettungsflugwacht, von der Lebensrettungs-Gesellschaft bis zum Blutspendedienst. Das SRK ist damit auch ein wichtiger Akteur bei der Bewältigung von Katastrophen in der Schweiz.

Das SRK will sein Potenzial ausschöpfen und sich in der Katastrophenhilfe im Inland – auch als Partner der Behörden – stärker engagieren.

Die Katastrophenhilfe Inland ist im SRK im Bereich Rettung integriert. Sie umfasst Prävention, Rettung, Erste Hilfe, Katastrophenschutz, Katastrophenhilfe und Ortung sowie Bildungsangebote. Die Strategie des SRK hält fest, dass die SRK-Gruppe das staatliche Angebot im Rettungswesen ergänzt und mit Bund, Kantonen und Gemeinden zusammenarbeitet sowie als Partner des Koordinierten Sanitätsdienstes und der Armee die öffentliche Hand unterstützt.

Bund und SRK haben an der 30. Internationalen Rotkreuz-Konferenz 2007 ein gemeinsames Versprechen (Pledge) abgegeben, wonach sie ein stärkeres Engagement des SRK in der Nothilfe bei Naturkatastrophen in der Schweiz anstreben. Zudem soll das SRK nach einer Grosskatastrophe im Inland die durch die Internationale Rotkreuzbewegung aus dem Ausland angebotene Hilfe koordinieren.

Von Rega bis REDOG

Die SRK-Gruppe hält ein breites Spektrum an Dienstleistungen bereit, das bei der Bewältigung einer Katastrophe im Inland zum Tragen kommen kann. Die Rettungsorganisationen wie Samariterbund, Militär-Sanitätsverband, Lebensrettungs-Gesellschaft, Rega und Verein für Katastrophenhunde REDOG haben in Katastrophenfällen schon Unterstützung bei Rettung/Ortung, Erster Hilfe und medizinischer Versorgung geleistet.

Die Rotkreuz-Kantonalverbände wollen ihre Dienstleistungen in der Entlastung von Angehörigen, der sozialen Betreuung und dem Fahrdienst auch im Katastrophenfall erbringen. Mit indirekter Unterstützung könnten sie zur Bewältigung der Folgen einer Katastrophe beitragen. Sie wurden bei Katastrophen zwar bisher nicht beigezogen, verfügen aber über ein grosses Potenzial an Wissen und Ressourcen (z.B. durch die Ausbildung von Pflegehelferinnen und -helfern, den Fahrdienst usw.), das in einer Ausnahmesituation sehr wertvoll sein kann. Zudem könnten sie eine grosse Zahl organisierter Freiwilliger einsetzen. Die Aufgabe des Blutspendedienstes SRK im Katastrophenfall erklärt sich von selbst. Und die Geschäftsstelle SRK kann durch den Rotkreuzdienst und ihre Fachstelle Katastrophenhilfe Schweiz weitere Aufgaben erfüllen. Die Fachstelle leistet in erster Linie finanzielle Not- bzw. Überlebenshilfe und Wiederaufbauhilfe.

Zusammenarbeit mit der öffentlichen Hand ausbauen

Die SRK-Gruppe ist in der Lage, bei Katastrophen rasch und kompetent Hilfe zu leisten. Es gilt, den Bedarf seitens der öffentlichen Hand zu klären. Das SRK zielt darauf ab, allfällige Lücken im Leistungsspektrum der öffentlichen Hand zu identifizieren und durch entsprechende Ergänzungen den Schutz der Bevölkerung substanziell zu verbessern.

Wenn die benötigten Leistungen der SRK-Gruppe feststehen, ist die Zusammenarbeit mit den Behörden auf allen Ebenen zentral: Das SRK strebt eine stärkere Integration in die etablierten, behördlich geführten Organisationen und Prozesse an. Beispielsweise möchte es verstärkt in die nationalen Führungsstäbe eingebunden werden, auch in kantonalen Katastrophendispositiven mitwirken und an entsprechenden Ausbildungen und Übungen teilnehmen.

Weiterführender Link:
www.redcross.ch

SZSV: Informationstätigkeit

Zivilschutz Schweiz: eine neue Informationsschrift

Ende Januar 2009 hat der Schweizerische Zivilschutzverband SZSV erstmals seine neue Informationsschrift «Zivilschutz Schweiz» herausgegeben. Die französisch und deutsch erscheinende Informationsschrift zu den Tätigkeiten des SZSV kommt künftig jährlich drei- bis viermal heraus – je nach Bedarf. Die erste Ausgabe von «Zivilschutz Schweiz» (Nr. 1/2009) enthält neben einem Interview mit Präsident Walter Donzé über die Arbeit im Parlament und in der Sicherheitspolitischen Kommission einen Rückblick auf das Seminar 2008 zum Thema «Erfahrungen austauschen – Horizonte erweitern» und einen Ausblick auf die geplanten Veranstaltungen des SZSV 2009–2011. Die Informationen können im Internet unter www.zivilschutz-schweiz.ch als PDF heruntergeladen oder beim SZSV gratis bestellt werden.

Die neue Informationsschrift «Zivilschutz Schweiz» des Schweizerischen Zivilschutzverbandes (SZSV) ist kürzlich erschienen.

SZSV: Fachtagung

Zivilschutzkader in Murten

Der Schweizerische Zivilschutzverband führt am Dienstag, 19. Mai 2009, im SBB-Ausbildungszentrum in Murten eine Tagung für Kaderleute aus dem Zivilschutz durch. An der Fachtagung wird über folgende Themen informiert: Arbeitssicherheit (EKAS/SUVA), Aufgebots- und Informationssysteme (Information und Demonstration zur heutigen Technik), Materialplattform des Zivilschutzes – Material BABS, ARGUS (Stellungnahmen der Bundesämter für Sozialversicherung BSV und für Bevölkerungsschutz BABS), Rekrutierung von Angehörigen des Zivilschutzes (Erfahrungen aus den Rekrutierungszentren der Armee und von Kommandanten des Zivilschutzes), News aus BABS und SZSV. Mit der Fachtagung werden insbesondere die Zivilschutzkommandanten angesprochen, deren Stellvertreter, das obere Kader von Zivilschutzorganisationen, Zivilschutzstellenleiter sowie haupt- und nebenamtliches Zivilschutz-Instruktionspersonal.

SZSV: Generalversammlung

GV und Ausstellung in Winterthur

Die Generalversammlung des Schweizerischen Zivilschutzverbandes findet am Freitag, 17. April 2009 (ab 14 Uhr), in der Mehrzweckhalle Teuchelweiher in Winterthur statt. Als Gastreferent nimmt Nationalrat Toni Bortoluzzi teil, Mitglied der Sicherheitskommission Nationalrat. In der Altstadt präsentiert die Stadt Winterthur am folgenden Tag den Bevölkerungsschutz mit seinen Partnerorganisationen. Die Teilnehmer der Generalversammlung SZSV und die Mitglieder des SZSV generell sind herzlich eingeladen, um 10 Uhr an der Führung durch die Ausstellung teilzunehmen. Angehörige des Zivilschutzes Winterthur führen die Besucher.

SSB: Nachfolge geregelt

Regina Gorza wird 2010 Zentralsekretärin

Als Nachfolgerin des auf Ende Juni 2010 in Pension gehenden Kurt Sutter hat der Zentralvorstand des Schweizerischen Samariterbundes SSB Regina Gorza gewählt. Regina Gorza ist seit 1998 Stellvertretende Zentralsekretärin des SSB. Durch ihre langjährige Tätigkeit im SSB ist sie mit dessen Kerngeschäften bestens vertraut. Regina Gorza leitet seit mehreren Jahren gemeinsam mit dem amtierenden Zentralsekretär das Zentralsekretariat des SSB in Olten und hat sich als Führungsfachfrau ausgezeichnet.

Veranstaltungen

Wann	Was	Wo
24.–25. März 2009	PLANAT-Plattformtagung	Olten
26. März 2009	Mitgliederversammlung IVR	Nottwil
26.–27. März 2009	Notfallsymposium	Nottwil
27. März 2009	Hauptversammlung VRS	Nottwil
14. April 2009	Aktionstag 144	
17. April 2009	Generalversammlung SZSV	Winterthur
23. April 2009	Mitgliederversammlung SGNOR	Bern
26. April 2009	Delegiertenversammlung SMSV	Zürich
9. Mai 2009	Samariter-Impulstag (Erste Hilfe in der Schule)	Olten
19. Mai 2009	Fachtagung SZSV für Kader Zivilschutz	Murten
20. Juni 2009	Delegiertenversammlung SFV	St. Gallen
20. Juni 2009	Abgeordnetenversammlung SSB	Kloten
26.–27. Juni 2009	Rotkreuzversammlung	Freiburg
10.–11. September 2009	Informationsrapport KSD und 2. nationale ABC-Schutz-Konferenz	Bern
19. September 2009	Nationaler Spitaltag	
19. September 2009	Internationale Tagung SGOS (Thema: Höhen- und Tiefenmedizin)	Zürich
3.–4. Oktober 2009	Offizielle Eröffnung und Tag der offenen Tür: kantonale Zivilschutz-Ausbildungsstätte SO (auf ifa-Gelände)	Klus-Balsthal
4. Oktober 2009	Präsidentenkonferenz SMSV	Schwarzsee
4.–6. November 2009	Konferenz für Nationale Sicherheitskooperation und Bevölkerungsschutz	Kt. Tessin
7. November 2009	Sanitätstag und Generalversammlung SSK	Egerkingen
14.–15. November 2009	Herbstkonferenz SSB	

BABS-Kursangebot

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz BABS führt eine ganze Reihe von Bevölkerungsschutz-Kursen durch, meist im Eidg. Ausbildungszentrum in Schwarzenburg, aber teilweise auch bei den Kunden vor Ort. Der Bund erfüllt damit primär die gesetzlich vorgeschriebenen Ausbildungsaufgaben. Das BABS führt Ausbildungen in den Bereichen Zivilschutz, Kulturgüterschutz, Führungsunterstützung der Führungsorgane, ABC-Schutz, POLYCOM, Führungsorgane, psychologische Nothilfe durch und es bildet Lehrpersonal aus. Die Voraussetzungen für den Besuch der einzelnen Ausbildungsveranstaltungen sind den jeweiligen Beschreibungen zu entnehmen. Die Ausbildungen und Unterlagen sind EDUQUA-zertifiziert.

Eine Übersicht zum Angebot findet sich unter www.babs.admin.ch (Themen/Ausbildung/Kurse BABS 2009).

IMPRESSUM

Bevölkerungsschutz 3 / März 2009 (2. Jahrgang)

Die Zeitschrift *Bevölkerungsschutz* ist kostenlos erhältlich in Deutsch, Französisch und Italienisch.

Herausgeber: Bundesamt für Bevölkerungsschutz BABS

Koordination und Redaktion: P. Aebischer

Redaktionsteam: A. Bucher, M. Haller, K. Münger, Ch. Fuchs, A. Spühler, H. Weber

Kontakt: Bundesamt für Bevölkerungsschutz, Kommunikation, Monbijoustr. 51A, CH-3003 Bern, Telefon +41 31 322 51 85, info@babs.admin.ch

Fotos: S. 2 R. Bösch (3. Foto) und Kt. VD (4. Foto), S. 11 Burgerbibliothek Bern, S. 12 Keystone, S. 13 KWO, S. 14, 15 R. Bösch, S. 20 Kt. VD, S. 25 Kt. AG, S. 27 SFV, S. 28 SRK

Konzept und Gestaltung: Weissgrund Kommunikation AG, Zürich

Druck: Engelberger Druck AG, Stans

Nachdruck: Die in *Bevölkerungsschutz* veröffentlichten Beiträge und Bilder sind urheberrechtlich geschützt. Nachdrucke sind mit der Redaktion zu vereinbaren.

Auflagen: Deutsch 12 000 Ex., Französisch 3200 Ex., Italienisch 800 Ex.

1. Mittwoch im Monat Februar: Sirenentest

So sieht es ALEX

Ausblick
Nr. 4, Juni 2009

Dossier

Erdbeben-bewältigung in der Schweiz

Was meinen Sie?

Wir freuen uns über Ihre Rückmeldungen und Anregungen für kommende Ausgaben!

info@babs.admin.ch

Jetzt bestellen

Die neue Zeitschrift des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz erscheint dreimal pro Jahr in Deutsch, Französisch und Italienisch.

Gratishefte und -abonnements können bestellt werden unter www.bevoelkerungsschutz.ch oder info@babs.admin.ch

Bundesamt für Bevölkerungsschutz BABS
Monbijoustrasse 51A
CH-3003 Bern
Telefon +41 31 322 51 85
info@babs.admin.ch
www.bevoelkerungsschutz.ch